



Geschäft	Bericht an den Einwohnerrat vom 16. Mai 2023
Vorstoss	Interfraktionelles Postulat: Für eine lebenswerte Gemeinde: Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, Erwerbsanreize erhöhen
Info	<p>Mit Eingabe des Postulats «Für eine lebenswerte Gemeinde: Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, Erwerbsanreize erhöhen» gelangt die Fraktion SP, Grüne und Mitte an den Gemeinderat und beantragt diesem, eine Anpassung der «Tarifordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und Tagesfamilien vom 5. März 2013» zu prüfen.</p> <p>Der Gemeinderat steht den Ausführungen im Postulat positiv gegenüber und erkennt seinerseits den Bedarf einer Überprüfung der jetzigen Subventionspraxis im Zusammenhang mit der Tarifordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und Tagesfamilien.</p> <p>Gleichzeitig wird der Gemeinderat auch eine Anpassung der Gebührenordnung für die Schulische Betreuung prüfen. Bis anhin wurden Eltern, die ihre Kinder bei der Schulischen Betreuung in Obhut geben, finanziell gleich unterstützt, wie Eltern, welche die Betreuung ihrer Kinder über Kindertagesstätten oder Tagesfamilien sicherstellten. Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, dass diese Gleichbehandlung möglichst erhalten bleibt.</p> <p>Es wird dem Einwohnerrat beantragt, das Postulat 138 an den Gemeinderat zu überweisen.</p>
Antrag	Das Postulat wird an den Gemeinderat <u>überwiesen</u> .

Gemeinderat Binningen

Gemeindepräsidentin a.i.:
Caroline Rietschi

Verwaltungsleiter:
Christian Häfelfinger

– Postulat

SP-Fraktion
Lewin Lempert
Binningen, 28. November 2022

Postulat «Für eine lebenswerte Gemeinde: Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, Erwerbsanreize erhöhen»

Im Mai 2021 veröffentlichte die Credit Suisse eine Studie «So viel kostet ein Kitaplatz in der Schweiz». Die Gemeinde Binningen schneidet in dieser Studie im schweizweiten Vergleich schlecht ab. Unsere Gemeinde gehört für Familien mit tiefen und mittleren Einkommen zu den teuersten Gemeinden schweizweit. Ein Ehepaar mit zwei Kindern im Vorschulalter, die zweimal in der Woche eine Kita besuchen, bezahlt gemäss Studie in Binningen pro Jahr zwischen 15'900 und 19'000 Franken (gemeinsames Bruttoerwerbseinkommen 110'000 CHF, Vermögen 100'000 CHF). Allgemein ist der Kanton Baselland der zweit teuerste Kanton der Schweiz, wenn es um die Kosten vorschulischer Kinderbetreuung geht.

Für die Gemeinde Binningen ist ein attraktives und kostengünstiges vorschulisches Drittbetreuungsangebot für junge Familien zentral. Diverse Studien zeigen, dass sich Subventionen in diesem Bereich sowohl volkswirtschaftlich wie auch fiskalisch für die Gemeinde lohnen, da sich dadurch die Erwerbsquote erhöht. Gerade Zweiverdienerehepaare mit einer hohen Erwerbsquote sind besonders attraktive Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Zudem kann ein kostengünstiges Kinderbetreuungsangebot für junge Familien und Zweiverdienerehepaare ein überzeugendes Argument sein, nach Binningen zu kommen bzw. nicht wegzuziehen.

Unsere Nachbargemeinde Allschwil schneidet bei Subventionen für einen Kita-Platz in der Studie besser ab. Gemäss dem Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juni 2016 der Gemeinde Allschwil beträgt der maximale Subventionsbeitrag für ein Kind im Vorschulalter pro Betreuungsstunde 12 CHF (Vergleich Binningen: 10 CHF), bis zu einem massgebenden Einkommen von 58'000 CHF werden 100% der definierten Subventionen ausgerichtet (Vergleich Binningen: 50'000 CHF) und die Subventionen enden bei einem massgebenden Jahreseinkommen von 128'000 CHF (Vergleich Binningen: 100'000 CHF).

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, eine Anpassung der «Tarifordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und Tagesfamilien vom 5. März 2013» mit folgenden Eckwerten zu prüfen:

- 1) Der maximale Subventionsbeitrag pro Betreuungsstunde für ein Kind im Vorschulalter soll von heute 10 auf neu 12 CHF angehoben werden.
- 2) Bis zu einem massgebenden Einkommen von 58'000 CHF sollen 100% der definierten Subventionen ausgerichtet werden.
- 3) Die Subventionen sollen bei einem massgebenden Jahreseinkommen von 128'000 CHF enden.

Unterzeichnende


Lewin Lempert, SP


Rahel Amacker, Mitte

8510

Andrea Alt-Schmidlin, Mitte


Thomas Schwarb, Grüne


Ralph Büchel, SP


Karin Müller, SP


Felix Strebel, SP